

«Volk steht hinter Verlagerungsziel»

Jon Pult übernimmt heute das Präsidium des Vereins Alpeninitiative. Im Gespräch thematisiert der SP-Graubünden-Chef die Herausforderung bei der Umsetzung der Alpeninitiative und die Kosten des Politikerdaseins.

Mit Jon Pult sprach
Gion-Mattias Durband

Herr Pult, die Wiederwahl Ihres Regierungsrats Martin Jäger, das bisher beste Wahlergebnis für den Grossen Rat – darf man als SP-Chef zufrieden sein?

Jon Pult: Wir sind sehr zufrieden mit den Wahlen. Unsere Befürchtung war, dass sich die zwei neuen Regierungsratskandidaten Jon Domenic Parolini von der BDP und Heinz Brand von der SVP im medialen Zweikampf stimmenmässig gegenseitig hochschaukeln würden. Das Resultat zeigt denn auch, dass Parolini überall Stimmen geholt hat – gerade auch bei linken Wählern, die Brand verhindern wollten. Für uns hat es trotzdem gut gereicht. Erfreulich ist: Die Linke sitzt im Kanton weiter mit am Tisch, die harte Rechte à la SVP nicht. So wollen es die Bündnerinnen und Bündner. Und die drei zusätzlichen Sitze im Grossen Rat sind das Sahnehäubchen.

«Die SVP bleibt in ihrem Getto»

Gewinnerin ist aber auch die SVP, die ihre Sitze im Grossen Rat von vier auf acht verdoppeln konnte. Doch wie schon vor vier Jahren gelang es ihr nicht, ihr Zugpferd Heinz Brand in die Regierung zu hieven. Wie ist das zu erklären?

Heinz Brand ist wohl sehr bekannt, mit einem Glanzresultat in den Nationalrat gewählt worden und seine Partei ist im Kanton stark verankert. Aber die SVP bleibt zu stark in ihrem politischen Getto. Auch vertrat Brand – wenn er denn etwas Politisches gesagt hat – Positionen, die derart weit rechts liegen, dass er für eine Mehrheit der Bevölkerung schlicht nicht wählbar war. Graubünden ist zwar ein bürgerlicher, aber ein politisch moderater Kanton. Ein Kandidat, der sich etwa in der Asylpolitik am ungarischen Präsidenten Victor Orban ein Beispiel nehmen und Unterkünfte für Asylsuchende Frauen und Kinder mit Stacheldraht umgeben will, ist nicht mehrheitsfähig. Und das ist gut so.

Der Sitzverlust bei CVP und FDP wäre im Proporzverfahren wohl noch drastischer ausgefallen. Eine diese Woche eingereichte Beschwerde soll nun klären, ob das hiesige Majorz-System überhaupt zulässig ist. Ein gangbarer Weg?

Ja. Und klar, hätte Graubünden ein Wahlsystem wie praktisch alle anderen Kantone, wäre die Parteilandschaft im Grossen Rat eine andere. FDP und CVP hätten substantiell weniger Sitze. Profitieren würden die SVP, die SP und die Kleinparteien. Das ist aber nicht der Punkt. Zentral ist die Frage,

ob das Bündner Wahlsystem aus Sicht aller Bürgerinnen und Bürger gerecht ist. Wir haben auf politischem Weg versucht, den Proporz zu erkämpfen. Die Bevölkerung hat sich aber einmal mehr für den Majorz entschieden. Nun wird lediglich gerichtlich überprüft, ob der heutige Bündner Majorz der Bundesverfassung entspricht – die übrigens auch von der Bevölkerung gewollt ist. Diese juristische Klärung liegt im Interesse des Rechtsstaats und der Demokratie in Graubünden.

Nun steht eine neue Herausforderung an. Aller Voraussicht nach übernehmen sie das Präsidium des Vereins Alpeninitiative. 20 Jahre nach Annahme der Initiative zum Schutz des Alpengebiets ist das Ziel noch lange nicht erreicht. Rund 1,1 Millionen Transitfahrten sind es derzeit, bis 2018 sollen es gemäss Verlagerungsgesetz jährlich noch 650 000 sein.

Die Alpeninitiative ist ein Meilenstein der jüngeren Demokratiegeschichte der Schweiz; eine Initiative, die von unten, von engagierten Bürgerinnen und Bürgern der Alpenkantone lanciert wurde und gegen alle organisierten Mächte angetreten ist, um ein ganzes Politikfeld umzukrempeln. Bundesrat, Bundesparlament, die grossen Parteien, die Regierungen aller Alpenkantone, die Auto-, Lastwagen- und Strassenlobby, Economiesuisse – alle hatten die Initianten gegen sich. Und sie haben trotzdem gewonnen – weil sie ein sehr glaubwürdiges und zukunftsträchtiges Anliegen vorbrachten: Der Alpenraum muss vor dem Transitverkehr geschützt werden. Das heisst: Schwerverkehr auf die Schiene und kein Kapazitätsausbau für den Strassenverkehr.

Wieso tut sich die Politik so schwer damit, die Initiative umzusetzen?

All die genannten Lobbys und finanzkräftigen Player wehren sich aus Eigeninteressen mit Händen und Füssen gegen eine korrekte Umsetzung. Und trotzdem ist die Geschichte der Alpeninitiative schon jetzt eine Erfolgsgeschichte. Sie hat die offizielle Schweiz zur Verlagerungspolitik und allgemein zu einer zukunftsweisenden Verkehrspolitik gezwungen. In keinem Politikbereich ist die Schweiz so progressiv wie beim Verkehr. Doch die Verlagerung harzt, das gebe ich zu. Ohne die Initiative wären wir aber an einem noch viel schlimmeren Punkt. Zudem ist die Verlagerung mit epochalen Investitionen verbunden, für die uns kommende Generationen bewundern werden. 2016 wird

der Gotthard-Basistunnel eröffnet, bis 2019 der Ceneri-Basistunnel. Man ist mit Hochdruck daran, aber wie überall in der Politik gibt es auch bei der Verlagerung Gewicht und Gegengewicht. Darum braucht es den Verein Alpen-Initiative, der für die kühne Idee des Schweizervolks und deren Umsetzung kämpft.

«Ein Meilenstein der Schweizer Geschichte»

Nun lässt sich diese Idee in der Schweiz aber kaum unabhängig vom Ausland verwirklichen.

Massgebend ist das europäische Umfeld. Innerhalb der EU herrscht das falsche Dogma der freien Wahl des Verkehrsträgers auch beim Güterverkehr. Dieses Dogma ist schlicht nicht sinnvoll, wenn man als europäische Gesellschaft die Zukunft nachhaltig gestalten will. Es ist sonnenklar, dass es für alle besser ist, wenn der Schwerverkehr auf die Schiene kommt. Es gilt auch generell, die übertriebene Mobilität zu hinterfragen. Die abstruse Situation, dass in Frankreich produzierter Mozzarella von England nach Italien transportiert werden muss, darf es in einer nachhaltigen Zukunft nicht geben. Solche Projekte kann und muss die Politik in die Hand nehmen – mit Mitteln wie etwa der Alpeninitiative. Ich glaube, dass auch das Volk in Europa diese Politik unterstützen würde. Denn abgesehen davon, dass wir die Verlagerung in der Schweiz im nächsten Jahrzehnt errei-

chen müssen, braucht es auch ein europäisches System der Verkehrsverlagerung. Daran müssen wir zusammen mit unseren Nachbarländern arbeiten. Die Idee des Alpenschutzes kann eine europäische Idee werden!

Was gibt Ihnen die Zuversicht, dass die Umsetzung der Alpeninitiative in der Schweiz innert nützlicher Frist gelingt?

So banal dies klingen mag – ich glaube in dieser Frage an die Kraft des Arguments und an den Mut der Bürgerinnen und Bürger. Ein Beispiel: Wieder einmal wird versucht, die Verlagerungspolitik zu sabotieren, wieder mit der alten Idee einer zweiten Gotthard-Strassenröhre. Aber es wird nicht die Alpeninitiative direkt angegriffen, sondern behauptet, die zweite Röhre werde nach den Sanierungsarbeiten wie auch die erste Röhre nur einspurig befahren und die Kapazität folglich nicht erhöht. Selbst der Bundesrat, der sich nun offenbar gegen die Alpeninitiative gestellt hat, merkt, dass ein frontaler Angriff auf den Verfassungsartikel vor dem Volk keine Chance hätte. Denn das Volk steht nach wie vor hinter der Verlagerungspolitik. Darum wendet der Bundesrat diesen durchsichtigen Trick an.

Bündner Befürworter einer zweiten Röhre argumentieren, die Ausweichroute über den San Bernardino und das Miso würde ansonsten arg belastet.

Die Befürworter der zweiten Röhre spielen mit der Angst vor einer massiven Verkehrszunahme während der Sanierungsarbeiten. Aber: Wenn man ernsthafte Politik macht, macht man Politik für die kommenden Generationen. Darum wäre es absurd, die gesamte Verlagerungspolitik wegen Befürchtungen zu einer relativ kurzen Sanierungsphase zu opfern. Zudem hätte die Bündner Regierung durchaus Instrumente in der Hand, um zu verhindern, dass der gesamte Ausweichverkehr über die San Bernardino-Route läuft. Das ganze Neat-Projekt wird 2019 abgeschlossen sein, die nötige Infrastruktur wird bis dahin also bereitstehen. Die Bündner Regierung muss sich dafür einsetzen, die Sanierungsphase zum Testlauf einer konsequenten Verlagerung zu machen. Gleichzeitig würde damit der Ausweichverkehr über den San Bernardino verhindert.

Andrea Hämmerle war Mitbegründer der Alpeninitiative, ebenfalls Grossrat und

Präsident der Bündner SP. Und er zog in den Nationalrat. Auch der Weg des Jon Pult?

Ich weiss es nicht. Politisch bin ich derzeit erfüllt und habe nicht das Gefühl, das mir in meinem politischen Leben etwas fehlt. Nicht, dass ich kein Interesse am Nationalrat hätte. Schliesslich habe ich auch schon für einen Sitz kandidiert. Aber ich weiss ehrlich nicht, ob ich in den nächsten Jahren Nationalrat werde oder nicht. In den nächsten Monaten werde ich entscheiden, ob ich 2015 nochmals kandidieren will. Letztlich entscheidet dann ohnehin zum Glück das Volk.

«Das kann auch ermüdend sein»

2018 stehen in Graubünden die nächsten Regierungswahlen an. Eine Option für Sie?

Aus Zeitungen und von Freunden vernehme ich, dass es ein Thema für mich sein sollte. Ich habe mich damit nicht befasst. Bis zum 18. Mai war ich ganz vom Wahlkampf absorbiert. Jetzt will ich erst einmal durchatmen und mich auf das konzentrieren, was jetzt ansteht. Das wäre – vorausgesetzt ich werde gewählt – das Präsidium des Vereins Alpeninitiative, das Präsidium der SP Graubünden und mein Grossratsmandat. Alles andere werde ich zu gegebener Zeit klären.

Sie wurden zitiert, sie könnten sich auch ein Leben ohne Politik vorstellen. Wirklich?

Ich werde dieses Jahr 30. Seit 18 mache ich Politik, seit 20 bin ich in öffentlichen Ämtern. Nach zehn Jahren beginne ich, auch dies zu reflektieren. Grundsätzlich hat mir Politik immer Spass gemacht. Es ist eine sehr erfüllende Tätigkeit, aber auch eine, die einen zeitlich auffrisst und einem viele Kompromisse im Privat- und Berufsleben abverlangt. Man kann sich nur schwer abgrenzen, man ist immer Politiker und wird auch ständig als das wahrgenommen. Das kann auch ermüdend sein. Irgendwann stellt man sich die Frage: Stimmt das noch für mich? Soll das so weitergehen? Derzeit stimmt es für mich und ich will in den nächsten Jahren weiterhin Politik machen. Ich will mir aber auch ein Bewusstsein beibehalten, dass das Leben nicht so sein muss, dass ich auch ein anderes Leben führen könnte.

Und wie könnte für Sie ein Leben ohne Politik aussehen?

Das ist eine gute Frage, weil ich das schon lange nicht mehr gehabt habe. Ich könnte mir etwa gut vorstellen, im Ausland zu leben, näher am Meer. Aber ich könnte mir auch ein Leben in einer Grossstadt vorstellen. Das heisst nicht, dass das nun meine unmittelbaren Ziele sind. Aber vielleicht kann man das auch mit 40 oder 50 noch machen. Jetzt will ich mich weiter für meine Überzeugungen engagieren. Was die Zukunft sonst noch bringt, werden wir sehen!

Jon Pult ...

... ist als schweizerisch-italienischer Doppelbürger in Scuol geboren worden, verbrachte seine Kindheit später in Milano, Domat/Ems und schliesslich in Chur. An der Universität in Zürich studierte Pult Allgemeine Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Philosophie. Pult war Gründungsmitglied der Juso Graubünden und später deren Vorsitzender. 2005 wurde er in den Churer Gemeinderat gewählt, übernahm 2009 die Präsidentschaft der Bündner SP und zog 2010 in den Grossen Rat ein. Im Oktober wird Pult 30 Jahre alt. (gmd)



Bild Olivia Item